



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zur Jesuitenfrage. Professor Beyschlag ist ungehalten über unsern Artikel in Heft 18 „Zur Jesuitenfrage.“ Das konnten wir nicht anders erwarten, und wir stellen ihm überdies das Zeugnis aus, daß er sich Mühe gegeben hat, in seiner Polemik gegen uns (Deutsch-Evangelische Blätter vom 7. Juni) sachlich zu bleiben. Aber seine guten Ratschläge müssen wir ablehnen; wir haben selbst Augen genug, die Eier, die in unser Nest gelegt werden, zu prüfen, ob ein Ruckuck oder ein echter Grenzbote drin steckt. Der Verfasser des fraglichen Artikels schreibt uns folgendes:

Herr Professor Beyschlag nimmt Anstoß an der „frivolen“ Art, in der ich die Sache behandelt habe. Ich gehöre aber nun einmal zu den glücklichen Deuten, die das Sachen noch nicht verlernt haben, und ich werde mir niemals das Recht nehmen lassen, unter den übrigen komischen Figuren der Zeit auch die Jesuitophoben zu belachen. Komisch sind die Herren natürlich nur als Jesuitophoben; im übrigen aber eben so würdige als liebenswürdige Männer; bin ich doch mit einigen von ihnen persönlich befreundet. Damit aber der Herr Professor Beyschlag sieht, daß ich auch ernsthaft sein kann, will ich ihm an drei kleinen Proben zeigen, wie ich seinen Artikel zerpflücken würde, wenn die Grenzboten der Ort dazu wären.

„Wer Gury und Döllinger-Mensch wirklich gelesen hat u. s. w.“ Gury kenne ich sehr genau seit vierzig Jahren, und das Werk von Döllinger-Mensch habe ich gleich nach seinem Erscheinen durchstudirt. Es machte auf mich den Eindruck, daß ich beim Zulkappen ausrief: Das ist — die Entstehungsart des Buches erwogen — die glänzendste aller Rechtfertigungen des Jesuitenordens! In der mittlerweile eingegangnen Cottaschen Zeitschrift für allgemeine Geschichte habe ich dieses Urtheil auch ausgesprochen oder wenigstens angedeutet.

Daß uns die Jesuiten im Reich nicht viel schaden könnten und ihre Verbannung nicht viel nützt, giebt Herr Professor Beyschlag selbst zu; aber, meint er, wir widersetzen uns ihrer Rückkehr, „weil uns die Wiederzulassung des spanischen Ordens als ein Außerstes erscheint auf einem Verderbenswege, auf dem unsre innere Politik bereits nur allzu weit fortgeschritten ist; weil wir ein Pfand dafür haben wollen, daß es für unsre Regierungen noch eine Grenze giebt für ihre Nachgiebigkeit gegen Rom.“ Niemand kann die Erledigung kirchenpolitischer Angelegenheiten auf diplomatischem Wege und die Unterhandlungen mit Rom schärfer verurtheilen als ich. Der Papst müßte für Preußen und für das deutsche Reich gar nicht vorhanden sein. Jeder Staat soll seine kirchenpolitischen Angelegenheiten selbst ganz allein und autonom ordnen. Aber natürlich nicht so, daß die protestantische Mehrheit der katholischen Minderheit Gesetze aufzwingt, die diese nicht will. Das geht einfach nicht. Es ginge, wenn die Katholiken, wie die Juden, den hundertsten Teil der Bevölkerung ausmachten, aber da sie in Preußen zwei Fünftel ausmachen, so geht es nicht. Sondern kirchenpolitische Gesetze müssen gemacht werden auf dem Wege der Verständigung zwischen der Regierung und den Vertretern beider Konfessionen. Deshalb verurteile ich den Kulturkampf nicht minder wie die Art und Weise, in der 1878 der Rückzug eingeleitet und dann durchgeführt worden ist. Aber um Rom handelt es sich im vorliegenden Falle gar nicht. Nicht Rom fordert die Aufhebung des Jesuitengesetzes, sondern die deutschen Katholiken fordern sie, die dieses Gesetz als eine persönliche Beleidigung empfinden. Die Katholiken machen

in Deutschland ein reichliches Drittel der Bevölkerung aus. Ein weiteres Drittel ist sozialdemokratisch gesinnt. Von dem dritten Drittel gehen noch verschiedene Partikularisten ab, und der Rest ist in politischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Dingen uneins. Ob sich unter diesen Umständen ohne oder sogar gegen das katholische Drittel regieren läßt, das ist eine Frage, die ja am Ende einen Professor der Theologie nicht weiter interessiert, die sich aber der Politiker beantworten muß, die Antwort mag ihm noch so sauer werden.

„Leider hat der Verfasser vergessen, uns die Vertreter der historischen Wissenschaft zu nennen, welche die Jesuiten als gute harmlose Staatsbürger charakterisieren und z. B. deren Lehre vom Tyrannenmord als Ammenmärchen erweisen.“ Das ist einer von jenen Sätzen, die, wenn sie der Feder eines deutschen Universitätslehrers entfließen, einen überaus peinlichen Eindruck machen. Herr Professor Beyhschlag weiß ganz genau, daß ich mit den Ammenmärchen nicht die Lehrmeinungen der Jesuiten, sondern die von mir ausdrücklich hervorgehobnen Vergiftungs-, Schatz- und sonstige Schauer geschichten gemeint habe. Daß die Jesuiten des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts die Volkssouveränität und den Contrat social gelehrt haben, einige von ihnen auch, daß der Tyrannenmord erlaubt sei, weiß jedermann und leugnet kein Mensch. Aber so wenig es angeht, eine Blütenlese aus den Schriften Luthers, Calvins und der englischen Independenten anzufertigen, die dem Staatsanwalt sehr schlecht gefallen würde, und daraufhin zu fordern, daß der evangelischen Landeskirche die Anerkennung entzogen werde, ebenso wenig geht es an, Ausnahmegesetze gegen einen Orden der katholischen Kirche zu erlassen, weil dessen Theologen vor zweihundert Jahren den Tyrannenmord gepredigt haben. Ihre heutigen Vertreter muß man befragen. Gury sagt bei der Erklärung des vierten Gebots, wo die Pflichten gegen die weltliche Obrigkeit behandelt werden (Editio Tornacensis p. 173—174): Quaeritur, an liceat aliquando non obedire auctoritati temporali, et an liceat aliquando rebellare? Respondeo: Ad 1^{um}, sicut evidens est, nunquam obediendum esse auctoritati humanae in iis quae evidenter contra legem Dei sunt, ita est omnino obediendum principibus etiam discolis, et qui auctoritate sua abutuntur, in iis quae per se licita sunt. Ad 2^{um}, nunquam omnino licitum est rebellare. „Nimis perniciosum in hac re, ait S. Liguorius, fuit principium Joannis Gersonis, qui ausus est asserere, quod monarcha potest legitime a tota natione judicari, si regnum injuste regat. At quale remedium adest, si regimen principis esset excessive tyrannicum? Remedium, quod suppetit, ait S. Thomas, est ad Deum recurrere, ut auxilium praebeat.“ Daß es nach Aufstellung dieser Regel gar nicht erst besonders ausgesprochen zu werden brauchte, daß der Tyrannenmord nicht erlaubt sei, sieht jedermann auf den ersten Blick. Übrigens wirkt solche Hyperloyalität, die sich vor einem Mariana entfsetzt, und die man an einem alten Offizier oder einem pommerschen Junker natürlich findet, bei unsern heutigen Liberalen äußerst widerlich. Haben sie, haben wir, darf ich sagen, nicht alle in der Jugend für Harmodios und Aristogeiton und für Wilhelm Tell geschwärmt? Und möchte Herr Professor Beyhschlag jenes Blatt der englischen Geschichte getilgt wissen, das die Independenten beschrieben haben? Gehört es zum Wesen des Protestantismus, seine Anhänger auf jenen knechtischen Gehorsam zu verpflichten, den Macaulay an den Bischöfen der englischen Staatskirche so grausam verspottet hat, und den auch Gury in der oben angeführten Stelle predigt? Freilich gehen die Jesuiten „auf Vernichtung aller geistigen Freiheit“ aus, aber was finden sie noch an Leuten zu verderben, die sich in allen Verhältnissen so unfrei zeigen? Wer, wie ich, um sich die innere Freiheit zu wahren, auch

jedes Verhältnis äußerer Abhängigkeit ablehnt, der hat von den Jesuiten nichts zu fürchten.

Doch genug. Die Grenzboten sind keine Zeitschrift für Theologie, und die Jesuiten zu verteidigen ist nicht ihre Aufgabe. Dazu war auch der fragliche Artikel nicht geschrieben. Seinen Zweck hatte ich am Schlusse ausgesprochen, und heute füge ich einen zweiten bei: die Kulturpauperei zieht von den großen Aufgaben der Politik ab, die zunächst drängen, verwirrt die Gemüter, hindert den Zerfall der Zentrumspartei und die Gründung einer großen Partei des Mittelstandes, die wir zur Rettung von furchtbaren Gefahren und zur Gesundung unsers sozialen und politischen Lebens unbedingt brauchen.

Luxussteuer und Wehrsteuer. Während der Wahlkämpfe sind die abenteuerlichsten Vorschläge gemacht worden, wie am leichtesten die zur Heeresverstärkung notwendigen Summen aufzubringen seien, und wie die Last der neuen Steuern am gerechtesten verteilt werden könne. Um die wohlhabenden Klassen am stärksten heranzuziehen, ist man auf die Luxussteuer gekommen, hat aber diesen Gedanken wieder fallen lassen mit der Annahme, daß der durch Luxussteuern gewonnene Betrag verschwindend gering ausfallen würde. Wir können uns dieser Meinung nicht anschließen. In England wird eine Luxussteuer schon seit vielen Jahren erhoben, und die daraus fließenden Summen steigen ins Unglaubliche. So bringt die Steuer, die auf Wagen und Pferde gelegt ist, jährlich mehr als 560 000 Pfund ein. Nun giebt es freilich in Deutschland nicht so viel Equipagen und Luxuspferde wie in England. Viele Kutschpferde, die Sonntags stolz einhertrotten, sieht man bei uns am Wochentage vor dem Pfluge oder dem Mistwagen. Trotzdem darf die Zahl unsrer Luxuspferde und Wagen nicht unterschätzt werden. Wer mit seinen Arbeitspferden vornehm spazieren fahren will, hat wenigstens einen eleganten Wagen, und für dieses Vergnügen kann der Besitzer auch seine Wagensteuer entrichten. Wie viele Wege sind von dem Gelde der Fußgänger für Spazierenfahrende gebaut worden! Das Vergnügen haben die Fahrer; den steuerzahlenden Fußgängern bleibt nur der Staub. Es giebt sogar Reitwege, und oft sind es in den Wäldern die schönsten, die der Fuß eines gewöhnlichen Sterblichen gar nicht betreten darf. Da wäre es doch wirklich nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn die bevorzugten Fahrer und Reiter für Pferde und Wagen wenigstens Abgaben zu entrichten hätten. In den Städten, wo der Verkehr durch Stadtbahnen, Omnibusse, Pferdebahnen, Droschken u. s. w. jedem erleichtert wird, ist es ohne Frage ein großer Luxus, sich eigne Pferde und Wagen zu halten.

Im Zusammenhang damit möchten wir gleich noch eine andre Steuer vorschlagen, die auf männliche Dienstboten: Köche, Kutscher, Diener u. s. w. Auch diese Steuer giebt es in England. Sie bringt jährlich 140 000 Pfund ein. Man könnte in Deutschland noch weiter gehen und jeden Haushalt höher besteuern, der mehr als einen Dienstboten hält. Das würde auch nach einer andern Richtung hin eine heilsame Wirkung ausüben. Die Steuer würde viele unsrer verwöhnten, durch das Leben tändelnden „Damen“ zwingen, sich mal wieder um die Hauswirtschaft zu kümmern und selbst Hand anzulegen. Wer sich dann noch Luxusdienstboten, „Stubenmädchen,“ „Stützen,“ „Fräuleins“ u. s. w. halten will, der mag für diese Bequemlichkeit, die andern Leuten versagt ist, auch eine kräftige Gegenleistung bieten.

Diese Besteuerung durchzuführen würde nicht schwer sein. Weniger leicht, aber sicherlich nicht weniger einträglich wäre es, die immer mehr an Zahl und Kost-

spieligkeit wachsenden öffentlichen Essereien und Trinkereien gehörig zu besteuern. Da jeder Hauswirt, der imstande wäre, in seinen Räumen mehr als zwanzig Gäste abends zu beköstigen und sie dabei mit allen möglichen teuern Überraschungen zu unterhalten, müßte zu einer Gesellschaftsteuer herangezogen werden. Auch alle Modeartikel, worauf unsre Narren und Närrinnen förmlich Jagd zu machen pflegen, wären von vornherein zu besteuern. Wer sich aller drei Tage ein paar neue Glaceehandschuhe kauft, der kann für das Paar statt drei Mark auch drei Mark fünfzig bezahlen. In England wird auch eine sehr hohe Abgabe für Stempelung der Gold- und Silberwaren und anderer Schmuckgegenstände bezahlt. Diese Abgaben treffen vor allem die wohlhabenden Klassen; sie könnten ohne Gefahr für unsre Kleinkunst auch bei uns eingeführt werden. Alle diese Steuern, auf Pferde, Wagen, Dienstboten, Festessen, Gesellschaften, Handschuhe und Schmuckgegenstände würden nur die zahlungskräftigen Leute treffen, die Überfluß an Geld haben, nicht den gewöhnlichen Steuerzahler, der die Steuern nicht von seinem Überfluß zahlt, sondern von den zu seinem Lebensunterhalt ganz notwendigen Mitteln. Bei diesem reißt jede Steuer eine Lücke, bei den Wohlhabenden pflückt sie nur ein paar Ranken ab, die über den Zaun hängen. Eine Familie, Vater, Mutter und drei Kinder, kann heutzutage in einer Großstadt mit zehntausend Mark jährlich sehr gut leben. Wer ein höheres Einkommen hat, dem müßten nicht nur die Ranken abgeschnitten werden, der könnte dem Staate auch gut und gern ein paar Früchte aus seinem Garten opfern. Bei dem kleinen Manne ist jede Steuer eine Entbehrung, bei dem wohlhabenden ist sie nur eine Ausgabe, von der „man nichts hat.“ Von zehntausend Mark ab könnte eine Progressivsteuer eingeführt werden, so stark, daß Leute mit einem jährlichen Einkommen von zwanzigtausend Mark dreitausend Mark Steuern zu zahlen hätten; jetzt zahlen sie an Einkommensteuer die lächerliche Summe von fünfhundertsechundsiebzig Mark. Mit der Progressivsteuer, behauptet man, würden sofort die reichen Leute aus dem Lande vertrieben werden. Nun, die Couponabschneider und Börsenjobber mögen ruhig von himmen ziehen; die Kapitalisten, die ihr Geld in den Fabriken arbeiten lassen, bleiben uns sicher.

Die Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung sind so handgreiflich, daß man nicht versteht, wie die Regierung hier vor kräftigen Maßregeln noch immer zurückschreckt; durch nichts würde sie den Sozialdemokraten leichter die Waffen aus der Hand winden. Es ist ungerecht und widersinnig, daß ein Familienvater, der dem Staate vier, fünf, sechs neue Bürger und Soldaten schenkt und unterhält, ebenso viel Steuern zu zahlen hat wie ein Junggeselle mit demselben Einkommen. In Frankreich sucht man diese Ungerechtigkeit auszugleichen. Ein Familienvater mit sieben Kindern zahlt dort seit einiger Zeit überhaupt keine Steuern, ja das siebente Kind wird auf Antrag vom Staate gezogen. In Deutschland sind die Junggesellen geradezu die verhätschelten Schoßkinder der Regierung. Man zahlt ihnen hier sogar den ursprünglich nur den Familien zugedachten erhöhten Wohnungsgeldzuschuß; daran denkt in andern Ländern kein Mensch. Bei uns geht aber alles nach der Schablone. Es ist ferner eine große Ungerechtigkeit, die militär- und kriegspflichtigen Staatsbürger ebenso hoch zu besteuern wie die militärfreien. Es wäre nur eine ausgleichende Gerechtigkeit, wenn man die militärfreien, steuerpflichtigen Personen höher besteuerte als die zum Heeresdienst und Kriegsdienst verpflichteten. Wer zum Waffenhandwerk untuglich ist, der ist es in den meisten Fällen noch lange nicht zu andrer Arbeit. Er hat sogar von dieser Untuglichkeit oft Vorteile. Der Dienstpflichtige verläßt zwei oder drei Jahre seinen Beruf, erwirbt nicht nur nichts in dieser Zeit,

sondern jetzt gewöhnlich noch seine Ersparnisse oder die Ersparnisse der Eltern zu. Nach der Dienstzeit ist er nicht frei und unabhängig wie der militärfreie Mann, sondern fortwährend in seiner Berufstätigkeit gestört durch An- und Abmeldungen, Kontrollversammlungen, Einberufungen. Bricht ein Krieg aus, so hat er Gesundheit und Leben aufs Spiel zu setzen. Von all diesen Opfern bleibt der Militärfreie verschont; er ist seinen Jugendgenossen nicht nur um zwei oder drei Jahre zuvorgekommen, sondern wird auch in allen Berufsarten vorgezogen, weil militärische Störungen bei ihm nicht vorkommen. Es giebt in Deutschland etwa zwei- und eine halbe Million junger Leute im Alter von zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren. Jeder Jahrgang enthält also durchschnittlich 500 000 junge Leute; von diesen werden gebraucht und zum Militärdienst einberufen (wenn die Militärvorlage durchgeht): 240 000 Mann. Es bleiben also von jedem Jahrgange 260 000 junge Leute übrig, die als Überzählige oder Untaugliche nicht zu dienen brauchen. Rechnen wir von dieser Zahl 100 000 Leute ab, die durch Auswanderung oder Tod abgehen oder als arbeitsunfähige Krüppel überhaupt nicht in Rechnung kommen, so bleiben jedes Jahr noch 160 000 arbeitsfähige und steuerpflichtige Leute übrig, die von allen Opfern der allgemeinen Wehrpflicht verschont sind, während jene 240 000 militärpflichtigen Leute die doppelte Last der Wehrpflicht und der Steuer zu tragen haben. Hier muß unbedingt eine Wehrsteuer ausgleichend eintreten. Wer nicht selbst zur Waffe zu greifen braucht, wer sich und sein Eigentum von andern verteidigen läßt, muß dafür eine besondere Leistung übernehmen. Der Militärpflichtige bleibt jetzt achtzehn Jahre in der Linie, Reserve und Landwehr. Achtzehn Jahre hindurch hätte also jeder militärfreie, steuerpflichtige Mann die Wehrsteuer zu entrichten, die teilweise zur Entlastung der steuerzahlenden militärpflichtigen Personen verwendet werden müßte. Das würde sehr segensreich wirken. Der „gebiente“ Mann würde von seiner Dienstpflicht nicht nur Nachteile, sondern auch einmal Vorteile sehen und dem Militarismus gegenüber nicht mehr eine so drohende Haltung einnehmen, wie es jetzt so oft geschieht. Rechnen wir an Wehrsteuer für den Kopf durchschnittlich nur zehn Mark, so würde das schon eine Summe von mehr als zwanzig Millionen jährlich ergeben.

Unter die Mittel, die dazu dienen könnten, die unheimlich wachsende Zahl der Sozialdemokraten wieder zu verringern, gehören vor allen Dingen die Luxussteuer und die Wehrsteuer.

Kleine Kontrapunktik. Vierzig, fünfzig Jahre bilden einen Zeitraum, der in unsrer schnelllebigen Zeit ausreicht, die hinter uns liegenden Erscheinungen in geschichtliche Ablagerung zu bringen und sie auf ihre Dauer im Wechsel der Zeit richtig abzuschätzen. Bald fünfzig Jahre sind es nun, daß Felix Mendelssohn hinstarb; vierzig Jahre sind es, daß Robert Schumann in seiner Kunsttätigkeit erlosch; nicht lange mehr, so sind es auch vierzig Jahre, daß Louis Spohr zur Ruhe einging. Wie stehen diese drei Meister der Tonkunst im Kunstleben der Gegenwart? Die Antwort ist nicht schwer zu geben: sie gelten einer wie der andre als Vertreter der edelsten Kunstrichtung, ihre Hauptwerke haben nichts von ihrem Glanze eingebüßt und erfreuen fort und fort die Herzen der Menschen in weitester Verbreitung über die alte und neue Welt. Kein Tadeln, kein Mörgeln und Verkleinern hat diesen Werken Schaden gebracht oder sie gehindert, eine veredelnde Volkstümlichkeit zu gewinnen.

Man erinnert sich der ungemein heftigen Angriffe, die namentlich Mendelssohn und Schumann bald und noch jahrelang nach ihrem Ableben erfuhren.

Freigedank, hinter welchem Namen sich damals Richard Wagner versteckte, leistete mit seinem Artikel: „Das Judentum in der Musik“ schon im Jahre 1850 die höchste Anschwärzung Mendelssohns, die natürlich von den Verehrern des „Dichterkomponisten“ nach allen Richtungen hin und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gehörig ausgebeutet wurde; Joseph Rubinstein, ein eifriger Wagnerianer, hat sich durch seine Auslassungen über Schumann in den „Bayreuther Blättern“ vom Juni 1879 eine traurige Verühmtheit erworben, das einzige Überbleibsel seines Namens.*)

Vierzig und einige Jahre sind es jetzt auch, daß der Begriff „Zukunftsmusik“ auftauchte und solche, die Jünglinge noch an Jahren waren, unter dem Banner dieses Schlagwortes zu einem absonderlichen Thun und Treiben vereinigte. Ein besondrer Lärmacher war damals ein gewisser Hoplit, der sich nachmals zu einem der talentvollsten Tamtamisten emporshawang und sich durch sein Auszuschlagen nach rechts und links, ausgenommen gegen Liszt und Wagner und alles, was drum und dran hing, gewaltig hervorthat. Der Ausdruck „Zukunftsmusik“ wurde später auf Wunsch und Geheiß des Meisters Wagner fallen gelassen und in „neue Richtung“ umgesetzt. Wie steht es mit dieser neuen Richtung in der Gegenwart? Der Lärm dauert noch fort, niemand aber giebt sich mehr die Mühe, ihn ernstlich zu bekämpfen.

Die Verehrung, die Schumann gegen Mendelssohn hegte, ist durch die Veröffentlichung seiner Aufsätze und Briefe bekannt geworden. Nicht minder schätzte Spohr, der fünfundzwanzig Jahre ältere und bereits ruhmvoll bewährte Künstler, den Meister Mendelssohn. Als ihn die Kunde von dessen Ableben traf, schrieb er: „Was hätte Mendelssohn, auf der Höhe seiner Kunstblüte, noch Herrliches schreiben können, hätte ihm das Geschick ein längeres Leben gegönnt! Für seinen zarten Körperbau war die geistige Anstrengung zu groß und daher vernichtend. Sein Verlust für die Kunst ist sehr zu beklagen, da er der begabteste der jetzt lebenden Komponisten und sein Kunststreben ein sehr edles war.“ Im Laufe der letzten Jahre sind auch einige briefliche Äußerungen Mendelssohns über Schumannsche Werke bekannt geworden, die in liebenswürdiger Weise die Anerkennung aussprechen, die er ihnen zollte.

Hier nun schließlich ein Schriftstück, jetzt auch vierzig Jahre alt, das in Kürze die Gegenströmung jener Zeit zum Ausdruck bringt. Es kann, da die erwähnten Persönlichkeiten längst in Frieden ruhen, niemand mehr wehe thun. Auch Hoplit ist verschollen; ob er gestorben ist, weiß ich nicht, tot ist er jedenfalls.

Er. Wohlgeb.

Herrn Musikdirektor M. Hauptmann in Leipzig.

Cassel, den 16ten November 1853.

Kennen Sie den Herrn Hoplit in Dresden, der über das Musikfest in Carlsruhe so anmaßend und albern berichtet? Er übertrifft in seiner Vergötterung von Liszt, Wagner, Schumann pp. selbst noch Herrn Brendel, und zieht auf die unverschämteste Weise über Mendelssohns Finale zu Loreley los, das doch unbezweifelt das Beste war, was dort zur Aufführung gekommen ist. Die Unverschämtheit dieser Schmierer und Mitarbeiter der Leipziger Musikzeitung kennt doch wahrlich keine Grenzen! — Gestern erzählte mir Herr von Schnerfeld, der auch in Carlsruhe beim Musikfest zugegen war, André in Frankfurt, der viele Manuscripte von Mozart

*) Articles signed with his name, though believed by some to have emanated from a more famous pen (Grove, Dictionary).

besitzt, habe diese List gezeigt; der habe sie aber mit der Bemerkung zurückgeschoben: „Über diesen Popf sind wir Gott Lob nun auch hinaus!“ Hoffentlich ist es nicht wahr.

Mit herzlichen Grüßen an Ihre liebe Frau, ganz der Ihrige

Louis Spöhr.

Unsre Bahnhofskneipen. Die Zeit ist herangekommen, daß Herrn Michels Herz von dem Drang in die Ferne höher schwillt und dem einen der beiden schönsten Augenblicke einer Reise, dem Eintritt in das Bahnhofsgelände, vor dessen Pforte er Sorgen, Haß und Kümmerlichkeit jeder Art zurückläßt, wärmer entgegen schlägt. Der andre Augenblick erscheint bekanntlich bei der Rückkehr, wo dieses selbe Herz darauf brennt, all die abgelegten Sorgen und Kümmerlichkeiten als lieben Besitz vollständig wieder in Anspruch zu nehmen. Wie schön ist's nun da, im Morgengrauen aus dem Wagen zu springen und die „Fahrkarte“ zu lösen, eine Anweisung auf eine Fülle kaum zu ahnender Freuden! Und nun den letzten Genuß auf heimischem Boden: eine Tasse Kaffee in der Restauration, zweiter Klasse selbstverständlich. Aber o weh! Wie sieht es da aus, und wie riecht es da erst! Die Luft von gestern Abend lagert ungestört, mit braungrauem Tabaksqualm durchwölkt, über übernachtigen Kneipanten. Aus den Wirtschaften der Stadt vertrieben, haben sie sich um zwei oder drei Uhr früh hier niedergelassen. Mit Bier angefüllt, des Kaffees überdrüssig, sind sie eben zum Schnaps übergegangen. Die müden, grau angequalmten Gesichter, die stieren Augen, das Gelall und gelegentliche Gebrüll, wie stimmt das alles zu einem frischen Morgen, einem frohen Anfang! Der Boden des Wartesaals ist vollgespußt und mit Resten von Streichhölzern und Cigarren bestreut. Die verschlafene Büffetdame, der mißmutige Kellner, ein paar still grollende Beamte, die die Schweinerei sehen, ohne ein Wort des Tadelz zu äußern, vollenden das Bild, mit dem die Restaurationen königlicher Eisenbahnen zahlreicher mittel- und norddeutschen Städte ihre Reisenden entlassen. Haben diese Reisenden nicht ein Recht auf einen menschenwürdigen Winkel? Wie es scheint, nicht. Einen eigentlichen Wartesaal giebt es nicht, alles ist Kneipe, Schmutz, Gemeinheit. Wo halten sich Frauen und Mädchen auf, die den Abgang des Zuges erwarten?

Draußen schreitet mit tadellosen Handschuhen der Herr Bahnhofsinsektor auf und ab und sieht — in die Luft. Wir verlangen das Beschwerdebuch, er blickt uns erstaunt an und wirft dann einen Blick in die Spelunke. Nach einigen Wochen erhalten wir den Bescheid, die königliche Direktion zu K werde dem gerügten Übelstande nach Möglichkeit abhelfen. Kann sie es? Die Umwandlung aller Warteräume, selbst auf großen Bahnhöfen, in pachtzahlende Wirtztuben ist ein verwerfliches System, das gemeine Neigungen und Gewohnheiten mit staatlichen Mitteln verbreitet, die Reisenden belästigt, auf die Beamten übel einwirkt. Probestire doch jeder, dem die ästhetische Erziehung der Menschen kein leeres Wort ist, gegen diesen Auswuchs.

